

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzverhältnissen ausgeschlossen. • Postkassa-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Illale Bochum, Biltoriastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: VBerband Bochum.

Um die Bierzigstundenwoche im Bergbau.

Dem zähen Wirken der Gewerkschaften ist es gelungen, die Regierung davon zu überzeugen, daß endlich auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung durch Arbeitszeitverkürzung irgend etwas geschehen müsse. Im Reichsarbeitsministerium ist man schon seit langem bemüht gewesen, irgendwelche durchführbaren Pläne fertigzustellen. Man scheint dann zuletzt die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß der Weg, den wir als Verband schon lange als den gangbarsten aufzeigten, die Bierzigstunde, tatsächlich der erfolgversprechendste sei. Das Reichsarbeitsministerium lud deshalb auch zum 29. April d. J. die Vertreter der Bergarbeiterverbände und die der Zechenbesitzer zu einer gemeinsamen Aussprache über die ganze Frage ein. In der Aussprache legten die Geladenen das Für und Wider ihrer Auffassungen zu dem Problem dar, wobei die Arbeitervertreter die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung überzeugend begründeten. Sie wiesen darauf hin, daß in dieser Krise die Bierzigstundenwoche wohl als die einzig erfolgversprechende Möglichkeit zu betrachten sei, in absehbarer Zeit wieder arbeitslos gewordene Bergarbeiter in den Betrieb hineinzubringen und daneben zu verhindern, daß mancherorts gar noch immer mehr Bergarbeiter auf die Straße gesetzt würden.

Darüber hinaus aber könnte auch nur eine Arbeitszeitverkürzung die Gewähr geben dafür, daß bei Eintritt besserer Wirtschaftsverhältnisse und einem eventuellen Konjunkturanstieg eine Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften möglich würde.

Die Unternehmer wiesen ihrerseits darauf hin, daß die Hoffnung auf eine Arbeitsbeschäftigung von Arbeitern nach Einführung der Bierzigstundenwoche trügerisch sei, da damit höchstens ein Fortfall der jetzt notwendigen Feierschichten verbunden wäre. Dieser Einwand muß als abwegig bezeichnet werden, da es ja einmal so ist, daß nicht alle Zechen mehrere Feierschichten einlegen und ein Teil sogar überhaupt keine Feierschichten kennt. Hier also wäre nicht nur die Möglichkeit, sondern ein direkter Zwang zur Neueinstellung von Arbeitskräften gegeben. Zum anderen aber kommt hinzu, daß auch dort, wo heute noch Feierschichten eingelegt werden, durch die Bierzigstundenwoche wieder ein regelmäßiges Beschäftigungsverhältnis geschaffen würde, was ebenfalls einen Fortschritt bedeuten müßte, und daß es gerade in diesen Fällen Geltung hätte, daß bei einer Wirtschaftsbelebung neue Arbeitsplätze besetzt werden müßten.

Ein zweiter Einwand der Unternehmer geht dahin, daß die Selbstkosten sich erhöhen müßten bei Einführung der Bierzigstundenwoche, und zwar deshalb, weil bei gleichbleibender Gesamtproduktion eine größere Belegschaft notwendig würde. Wenn wöchentlich auch durch die verkürzte Arbeitszeit ohne — oder ohne vollen — Lohnausgleich die Lohnsumme für den einzelnen Arbeiter sich verringere, so erkünden aber Mehrausgaben durch vermehrte Urlaubsbefreiung und Deputatkosten. Auch das ist nicht unter allen Umständen richtig, da bis heute der Leistungseffekt pro Kopf des Bergmanns sich noch immer nach oben bewegt und man so lange, wie das der Fall ist, nicht aus einer bloßen Wädierung der Urlaubs- und Deputatkosten einheiten von morgen in Vergleich mit heute und aus einer eventuellen Vermehrung dieser Einheiten auch eine Erhöhung der Selbstkosten ableiten darf. Die Gestalt der Arbeitskosten, worunter Urlaubs- und Deputatkosten zu zählen sind, ist eben nicht abhängig von der Arbeiterzahl, sondern von der anteilmäßigen Schichtförderleistung je Mann und Schicht.

Die Unternehmer wenden weiter ein, eine gesetzliche schematische Regelung der Wochenarbeitszeit, die von den Zechen je nach ihren Betriebs- und Absatzverhältnissen aus sozialen Rücksichten bereits gestreckt wird, würde als ein nicht zu verantwortender Eingriff in ein feingliedriges Uhrwerk nicht absehbare Folgen haben, weitere Betriebe zum Erliegen bringen und damit die Arbeitslosigkeit noch vergrößern. Wenn die Zahl der Feierschichten schwankt und je nach den Verhältnissen auf den einzelnen Schichtanlagen ständig wechselt, so liege das an den Absatzmöglichkeiten für die einzelnen Sorten. So hätte zum Beispiel eine Zeche im August 1931 sechs Feierschichten einlegen müssen. Im September, Oktober und November wäre sie voll beschäftigt gewesen. Der Dezember brachte aber wieder zwei, der Januar fünf und der Februar sogar acht Feierschichten. Derartige Schwankungen ergäben sich nicht allein von Anlage zu Anlage, sondern auf den

einzelnen Schichtanlagen auch noch von Monat zu Monat. Die Absatzverhältnisse im Ruhrbergbau ließen sich eben nur von einem Tag zum andern übersehen und nicht, wie in anderen Industrien, die je nach den vorliegenden Aufträgen und nach dem Umfang dieser Aufträge mit einer mehr oder weniger längeren Produktionsdauer rechnen können, für einen gewissen Zeitraum. Das Sortenproblem bringe es mit sich, daß heute auf einer Schichtanlage die Einlegung einer Feierschicht erforderlich werden kann, morgen dagegen eventuell Mehrarbeit geleistet werden muß, weil ein plötzlich vorgelegter Dampfer der Beladung harret.

Bergarbeiter. / Ein Zytus.

An jedem Morgen die Sirene brüllt
Und grau in grau ist jeder Schacht verhüllt.
So sinken wir hinab!
Hier unten wird der Schweiß zu Blut;
Nicht Tag, nicht Nacht wird hier geruht
In diesem hohlen Grab.

Die Arbeitenden:

Kohle, Kohle, immer Kohle;
Kohle, Kohle ohne Ende.
Staub umwirbelt unsre Stirn,
Die Maschinen sind die Hände.
Hacken, hacken, immer hacken;
Keiner gönnt uns Ruhe hier.

Wir: Nur Opfer der Systeme,
Angetrieben wie ein Tier!
Fünfzig, Hundert, Hundertfünfzig,
Täglich höher steigt das Soll...
Bricht auch einer fast zusammen:
Dennoch muß der Karren voll!

Die Arbeitslosen:

Wir schaffen nicht! Sind arbeitslos —
Die Arme hängen schlaff und bloß
Wochen, Monate, Jahre schon;
Keiner nimmt uns in den Lohn.
Nur immer stempeln, stempeln gehn —
Wir walk'n nicht länger müßig stehn!
Unsere Kinder leiden Not!
Gebt uns Arbeit! Gebt uns Brot!
Unsere Hände zucken, kramphen.
Sehen wir die Schloten dampfen.
Laßt uns in den Schacht hinein!
Laßt uns wieder Menschen sein!

Ein Unrecht ist der Herren Tun;
Sie wägen ihre Macht:
Wer Arbeit will, der kann ja ruhn,
Der braucht nicht in den Schacht.
Wer aber heut noch Arbeit hat,
Dem gönnt man keine Ruh,
Er wird geschunden, wird nie satt
Und wartet dem Tode zu.

Die Arbeitenden:

Laßt uns heraus aus diesem Kraterloch,
Wir wollen Sonne, wollen Freiheit doch! —
Holt uns denn niemand an das Sonnenlicht?

Die Arbeitslosen:

Laßt uns hinein! Laßt uns hinein!
Wir wollen jetzt die Schaffer sein. —
Warum gibt uns man denn die Arbeit nicht?

Der Mäher:

Blind seid ihr, da ihr nicht seht,
Daß nur das Recht dem Herren nützt;
Das Recht, das ihr bei Wahlen selber euch geschaffen.
Nun müßt ihr leiden Not und Hunger.
Ihr schafft und schafft im Schacht bis ihr verredet.
Und ihr, ihr stehet müßig in den Tag hinein,
Bis ihr vor Hunger dann zusammenbrecht.
Erlösung bringen kann nicht ich, nicht du;
Erlösen könnt ihr euch nur allzusammen,
Wenn ihr, zur Ueberwindung eurer Fron,
sich fest vereint in eurer Organisation. Karl Arend.

Dieser Einwand sagt gegen die Einführung der Bierzigstundenwoche rein gar nichts. Wir wollen deshalb auch nicht grundsätzlich auf die hier aufgeworfenen Fragen eingehen und auch nicht darauf, ob tatsächlich in Verbindung mit dem Sortenproblem eine so sprunghafte und plötzliche Manövererzwingung besteht, sondern wir wollen nur darauf hinweisen, daß die Bierzigstundenwoche als solche aber auch in gar nichts eine solche Manövererzwingung behindert. Wenn sie nämlich tatsächlich anerkannt werden müßte, gibt es keine Begründung dafür, weshalb sie weniger gewährleistet sei bei einer Bierzigstundenwoche als bei der jetzigen Achtundvierzigstundenwoche. Das einzige, was sich ändern würde — und worauf sich der Betrieb einzustellen hätte —, wäre ein Absinken der Durchschnittswochenarbeitsstunden des einzelnen und ein Ansteigen der Wochendurchschnittsziffern der Beschäftigten. Innerhalb dieses neuen Rahmens vollzöge sich der Prozeß im übrigen ebenso reibungslos wie heute, ganz abgesehen davon, daß die Sortenfrage nur als eine Spezialfrage Bedeutung hat, aber keineswegs ein typisches Normalverhältnis im Bergbau erkennen lassen kann. Im übrigen ist es so, daß in solchen Ausnahmefällen dem Oberbergamt auch Ausnahmeanordnungen vorbehalten bleiben können. Es bleibt dabei, daß die Gesamtverhältnisse in der Bergwirtschaft nicht nur die Einführung der Bierzigstundenwoche durchaus möglich erscheinen lassen, sondern auch einer solchen Einführung gegenüber durchaus günstig gelagert sind.

Uns will auch scheinen, als ob die Unternehmer selbst nicht sehr überzeugt seien von der Stichhaltigkeit ihrer Argumente, die sie gegen die Einführung der Bierzigstundenwoche ins Feld führen. Und ihr Widerstand dürfte auch auf ganz anderen Gedankengängen beruhen, als sie sie öffentlich aussprechen. Uns scheint nämlich, als ob sie sich von lohnpolitischen Erwägungen leiten ließen. Sie rechnen damit, daß die Arbeitszeitverkürzung zumindest keinen vollen Lohnausgleich für die Bergarbeiter bringen wird, also gewissermaßen für letztere einen indirekten Lohnabbau in sich schließt, und daß darüber hinaus dann noch einen weiteren direkten Lohnabbau durchsetzen zu können für sie als Unternehmer nicht mehr möglich sein wird. Sie möchten aber doch das letztere gar zu gerne, wie ja jetzt wieder die Kündigung des Lohns im Ruhrbergbau beweist. Daß wir damit nicht so ganz daneben raten, beweist auch folgendes Zitat aus der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 100) vom 29. April 1932:

„Den Gewerkschaften kommt es anscheinend in der Hauptsache auch nicht darauf an, mit Hilfe der Bierzigstundenwoche Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß zu bringen. Die Arbeitszeitverkürzung soll vielmehr die Möglichkeit schaffen, den Lohn zu halten, für dessen Erhöhung die Gewerkschaften sich bei ansteigender Konjunktur mit nachhaltiger Energie einsetzen müßten. Die Taktik der Gewerkschaften zeigt eine große Neugierigkeit mit derjenigen bei den damaligen Verhandlungen über ihre Forderungen nach Lohnerhöhung. Die Unternehmer sollten rationalisieren, um die erhöhten Löhne herauszuwirtschaften und tragbar zu gestalten. Jetzt soll die Arbeitszeit verkürzt werden, um eine Basis für die Heraussetzung der im Rahmen der Deflationsmaßnahmen ermäßigten Löhne zu schaffen. Man dringt auf Arbeitsstreckung, um sich dann über ein zu geringes Einkommen zu beschweren und hiermit einen Abbau der auch heute noch oder gerade wegen der Senkung der Lebenshaltungskosten wieder überhöhten realen Stunden- und Schichtverdienste abzuwehren. Daß die Gewerkschaften aus der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung nichts gelernt haben sollten, möchten wir nicht annehmen.“

Man wirft also den Gewerkschaften vor, daß sie für die Bierzigstundenwoche kämpften, um wenigstens den Lohn halten zu können, obwohl die Schichtverdienste heute „noch“ oder gerade „wie der“ überhöht seien. „Nachtraglich, id' hör dir laufen!“, so kann man hier wohl auch sagen. Aber wir wollen hinzufügen — und das ist unsere absolut ehrliche und wirkliche Auffassung von den Dingen —, daß wir keinen Moment daran dachten, mit Arbeitszeitverkürzung Lohnabbau abzuwehren. Das um so weniger, als wir nicht damit rechnen, daß tatsächlich irgendwo bei den entscheidenden Instanzen der Gedanke lebendig sein könnte, den Bergleuten auch nur noch irgend etwas von ihrem Lohne zu nehmen. Wir fordern die Arbeitszeitverkürzung einzig und allein in der Ueberzeugung, daß dadurch ein ruhbringender Weg zur Milderung des furchtbaren Arbeitslosenelends beschritten werden kann und wir hoffen, daß die Regierung sich diese unsere Auffassung zu eigen macht und ihrerseits alles tut, um unserer Forderung auch gegen den Widerstand der Unternehmer den notwendigen Erfolg zu sichern.

Kommt eine Lohnabbauwelle im Bergbau?

Die Beantwortung dieser Frage hängt ab von dem Ausgang der bevorstehenden Verhandlungen über den neuen Lohnsatz im Ruhrbergbau, wo die Zechenbesitzer den bislang gültigen Tarif zu Ende Mai gekündigt haben. Die Erfahrung hat nämlich gelehrt, daß die Tarifgestaltung im Ruhrkohlenbezirk bestimmend ist für die Tarifgestaltung auch in den anderen Bezirken. Nun ist es zwar diesmal so, daß die Zechenbesitzer scheinbar selbst nicht mit einer generellen Lohnsenkung für den Ruhrkampf rechnen, wohl aber gewillt und bestrebt sind, die bestehenden Lohnverhältnisse etwas „anzulockern“, wie sie sich ausdrücken.

Man stellt sich in Kreisen der Zechenbesitzer eine solche „Anlockerung“ verschiedenartig vor. Insbesondere scheint man mit einer größeren Bewegungsfreiheit für die Lohngestaltung zu schwebeln dahingehend, daß allmählich ein größerer Abstand geschaffen werden soll zwischen dem rechnerischen und nach unten unabhingbaren Tariflohn und dem tatsächlich zu zahlenden Effektivlohn. Liegt der erstere nämlich tiefer als der letztere, dann kann dieser letztere, also tatsächlich zur Auszahlung gelangende Lohnsatz, unter Umständen willkürlich gesenkt werden, ohne daß das durch einen tarifvertraglichen Rechtsstreit von dem betroffenen Arbeiter abgewehrt werden könnte. Unabdingbar und für den Unternehmer rechtlich verbindlich ist eben nur der im Tarifvertrag festgelegte Lohn. Es gibt heute tatsächlich viele Industriezweige, ebenso auch einzelne Bergbaugebiete, wo wir eine solche verschiedene Höhe von Tariflohn und Effektivlohn haben. Abgesehen nun davon, daß aber hier überall fast ausnahmslos das bestehende Verhältnis zwischen Tarif- und Effektivlohn strikte gewahrt wird, müssen sich die Ruhrzechenbesitzer sagen lassen, daß diese unterschiedliche Höhe von Tarif- und Effektivlohn eben dadurch zustande kam, daß in den betreffenden Gebieten die Unternehmer früher in stillschweigender Uebereinkunft, ohne Kündigung der Tarife, die Effektivlöhne erhöhten. Jetzt, in der Krise, nun auch für den Ruhrbergbau einen ähnlichen Zustand zu schaffen dadurch, daß die Tariflohnsätze gesenkt werden sollen, halten wir für eine so hoffnungslose Unmöglichkeit, daß wir es für überflüssig erachten, uns an dieser Stelle ernstlicher und ausführlicher damit zu befassen.

Eine andere Tendenz, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, deren Korrespondent wohl keine Information direkt aus Zechenbesitzerkreisen bezieht, scheint dahin zu gehen, zwischen Zechen in südlichen und Zechen in nördlichen Wohnbezirken zu unterscheiden. Die in den ländlichen Außenbezirken liegenden Zechen hätten die erhebliche Aufwendungen für eigene Werkswohnungen und für die Beschaffung kleinerer Grundstücke für ihre Bergbau-Gesellschaftsmitglieder zu machen. Als Gegenleistung für diese Aufwendungen würde nun verschiedentlich eine niedrigere Entlohnung vor allem deshalb gefordert, weil die dort untergebrachten Bergarbeiter einen Teil ihres Lebensbedarfs aus eigener

Garten- und Viehwirtschaft decken könnten oder für die hierzu zulaufenden Mengen niedrigere Preise anzulegen hätten, als die in städtischen Wohnbezirken untergebrachten Bergleute. Solche Zechen in ländlichen Bezirken mit umfangreichen Werkswohnungen fänden sich besonders am nördlichen und östlichen Rand des Reviers. Diese durchweg großen Randzechen seien nicht zu verwechseln mit den kleinen, im südlichen Ruhrgebiet liegenden Randzechen, für die der Tarifvertrag bereits eine Unterschreitung des Tariflohnes um 6 bis 9 Prozent gestattet. Der Zweck dieser Erleichterung sollte die Erhaltung dieser in ihrer Existenz sonst bedrohten kleineren Betriebe im südlichen Zechenbezirk sein. Für solche durchweg in dichter besiedelten Bezirken liegenden, daher nicht auf die Erstellung eigener Werkswohnungen angewiesenen kleineren Zechen kämen die für die großen Nordrandzechen erwähnten Gesichtspunkte nicht in Betracht.

In Wirklichkeit aber, und besonders für die Lohngestaltung auf den Zechen in den sogenannten „ländlichen Wohnbezirken“, scheint man einfach an eine weitgehende Ausdehnung der sogenannten Randzechenklause zu denken, durch die, wie oben dargelegt, für die südlichen Randzechen heute schon ein niedrigerer Lohn festgelegt ist, als für das Gesamtrevier. Neben den südlichen Randzechen sollen also demnach jetzt für die niedrigeren Lohnsätze alle Zechen in „ländlichen Bezirken“ mit erfasst werden. Wenn das so weiter geht, wird wohl noch von den Zechenbesitzern die Forderung erhoben werden, daß sich die Lohnhöhe des einzelnen Arbeiters zu richten hat nach dessen Besitztum an Gartenland, Blumentöpfen, Hausstieren wie Brieftauben usw. Daß alle maßgebenden Instanzen aber auch das oben dargelegte Ansinnen der Zechenbesitzer aufs entschiedenste zurückweisen werden, betrachten wir als selbstverständlich.

Wir können auch nicht gut annehmen, daß die Zechenbesitzer selbst ernstlich mit irgendeinem Erfolge rechnen. Es scheint uns vielmehr doch so zu sein, wie das ja auch aus unserem heutigen Leitartikel schon herauszuleiten ist, daß man über den Lohnstreit in den Kampf um die Arbeitszeitgestaltung im Bergbau eingreifen will. Den Unternehmern ist eben jedes Mittel recht, die Gesamtsituation zu komplizieren und damit in sozialpolitischer Hinsicht zu erschweren. Hier kann nur rücksichtsloses Zugreifen helfen. Den Unternehmern muß gesagt werden, daß heute keine Zeit ist, sich lange und ernstlich mit ihren Scharfmacherplänen zu beschäftigen. Im Bergbau ist es so weit, daß jegliche direkte Lohnverschlechterung, ganz gleich in welcher Art sie sich vollziehen sollte, katastrophal für die Bergarbeiter geworden ist. Wir rechnen deshalb auch an, daß den Absichten der Unternehmer jeglicher Erfolg verjagt bleibt und die Löhne der deutschen Bergarbeiter in jeder Hinsicht gesichert werden so lange, bis bessere Zeiten wieder eine Aufwärtsbewegung gestatten. Nach unten ist die letzte Grenze schon längst auf der ganzen Linie erreicht.

Auf die drei großen Reviere Schlesien-Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Rheinprovinz kamen danach mehr als die Hälfte der Braunkohlenbergleute, davon auf das hiesige Gebiet allein die Hälfte.

Von den Erzbergleuten kamen auf:

Provinz Sachsen	7 592	26,1 %
Rheinprovinz	6 538	22,5 %
Westfalen	3 794	13,1 %
Hannover	2 532	8,7 %
Uebrigte Gebiete	8 617	29,6 %
29 073		100 %

In der Provinz Sachsen liegt das eine große Revier des deutschen Erzbergbaues, der Mansfelder Metallbergbau, und in Rheinland-Westfalen das andere, der Siegener Erzbergbau.

Die Salzbergleute verteilen sich wie folgt:

Provinz Sachsen	4 213	32,5 %
Hannover	3 534	27,3 %
Thüringen	2 208	17,0 %
Hessen-Nassau	963	7,4 %
Anhalt	680	5,3 %
Uebrigte Gebiete	1 359	10,5 %
12 957		100 %

Die großen Kali- und Steinsalzvorkommen in Mitteldeutschland haben zu dieser Anhäufung der Salzbergleute in diesem Gebiet geführt.

Von den hauptberuflich tätigen Bergarbeitern hatten 102 400, also fast ein Fünftel, den Wohnsitz in Großstädten. Es handelte sich dabei fast ausschließlich um Bewohner des Ruhrgebiets, wie aus der folgenden Uebersicht hervorgeht:

	Prozent der hauptberuflich Erwerbstitigen der Stadt	Prozent aller Bergarbeiter des Ruhrgebietes	
Essen	24 456	12,3	6,8
Gelsenkirchen	21 645	26,0	6,1
Bochum	15 206	17,1	4,3
Hamborn	13 717	26,5	3,9
Dortmund	13 232	9,3	3,7
Oberhausen	6 413	15,0	1,8
Duisburg	4 233	3,5	1,2
Mülheim (Ruhr)	2 294	4,2	0,6

Diese Großstädte vereinigten demnach zusammen über ein Viertel der gesamten Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers in sich. Seit der Berufszählung von 1925 dürften darin durch vielfache Eingemeindungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet manche Veränderungen eingetreten sein. Einigen Städten, wie Gelsenkirchen und Hamborn, geben die Bergarbeiter mit ihrem Anteil von mehr als einem Viertel der Bevölkerung ein besonderes Gepräge. Im Braunkohlenggebiet haben die Bergleute größtenteils in kleinen Gemeinden ihren Wohnsitz.

Nach dem Alter gliederten sich 1925 die Bergarbeiter wie folgt:

unter 18 Jahre	21 735	4,0 %
18—20 Jahre	30 205	5,6 %
20—25 "	104 987	19,4 %
25—30 "	84 182	15,5 %
30—40 "	120 426	22,2 %
40—50 "	109 059	20,1 %
50—60 "	57 716	10,6 %
60—65 "	10 089	1,9 %
über 65 "	3 567	0,7 %
541 968		100 %

Der geringe Anteil der jugendlichen Altersstufen erklärt sich daraus, daß wegen der körperlichen Anforderungen besondere Schutzbestimmungen für die Jugendlichen bestehen. Das Mindestalter für Arbeiter unter Tage beträgt im allgemeinen 16 Jahre. Vor dem werden sie als ungelernete Arbeiter über Tag beschäftigt. Erst nach dreijähriger Tätigkeit unter Tage und nicht vor dem 21. Lebensjahre kann der Hauereischein erworben werden. Unter 18 Jahren waren deshalb bei den Bergarbeitern nur 4 Proz. alt gegenüber 15 Proz. bei den männlichen Industriearbeitern überhaupt. Vom 20. Jahre ab steigt die Zahl der Bergarbeiter bedeutend. Fast vier Fünftel stehen im Alter von 20 bis 50 Jahren. Das Schwergewicht liegt bei den 20- bis 30jährigen. Ueber 60 Jahre waren nur 2,6 Proz. alt gegen fast doppelt so viel bei der männlichen Industriearbeiterschaft im ganzen. Das Bild der Altersgliederung weicht in den einzelnen Arten der Bergarbeiter nicht sehr von einander ab, nur bei den Salzbergleuten verschiebt sich das Schwergewicht etwas in die älteren Altersstufen.

Nach dem Familienstand waren

ledig	177 414	32,7 %
verheiratet	356 153	65,7 %
verwitwet oder geschieden	8 401	1,6 %
541 968		100 %

Die Vorbedingungen zu einer frühzeitigen Eheschließung sind bei den Bergarbeitern verhältnismäßig günstig. Bereits bei Beginn der zwanziger Jahre kann der Bergarbeiter zum Hauereischein kommen und sein volles Einkommen beziehen. Aus diesem Grunde waren von den 20- bis 25jährigen schon fast ein Fünftel, von den 25- bis 30jährigen bereits zwei Drittel, in den folgenden Jahrgängen beim Fünftel verheiratet. Jedenfalls sind von Bergarbeitern mehr verheiratet als von Industriearbeitern im allgemeinen, denn es waren verheiratet

	bei den Industriearbeitern überhaupt	bei den Bergarbeitern
unter 25 Jahren	5,8 %	11,8 %
mit 25—30 "	61,2 %	69,4 %
" 30—40 "	87,0 %	92,3 %
" über 40 Jahre	88,5 %	93,2 %

Nur bei den Maschinenarbeitern (Metallbearbeitung), Webern und Maurern finden sich im Verhältnis ebenso hohe Zahlen der Verheirateten.

Angehörige ohne Hauptberuf wurden bei den Bergarbeitern 1 031 618 gezählt, darunter 325 433 Ehefrauen. Auf 100 verheiratete Erwerbstitige kam somit die außerordentlich hohe Zahl von 290 zu unterhaltenden Familienmitgliedern. Während bei der gesamten Industriearbeiterschaft die Zahl der Ehefrauen, die neben den Haushaltspflichten noch einen Hauptberuf ausüben, mehr als ein Fünftel beträgt, erreichte sie bei den Bergarbeitern nur 9 Proz. Am wenigsten ist die hauptberufliche Erwerbstitigkeit bei Ehefrauen der Steinkohlenbergarbeiter vertreten, im Braunkohlenbergbau hatten ein Fünftel, im Erz- und Salzbergbau sogar ein Viertel der Ehefrauen einen besonderen Beruf.

Daß der Beruf des Bergarbeiters als Nebenberuf ausgeübt wurde, war sehr selten. Dagegen hatten 14 Proz. aller Bergarbeiter einen Nebenberuf, hauptsächlich landwirtschaftlicher Art. Von den städtischen Bergarbeitern besaß ein erheblicher Teil Kleingärten.

Dr. Sch.—L.

Sozialstatistisches über die deutschen Bergarbeiter

nach der letzten Berufszählung im Jahre 1925.

Die Bearbeitung der Ergebnisse so umfassender Erhebungen, wie es u. a. die Betriebs- und Berufszählungen des Deutschen Reiches sind, erfordert erhebliche Arbeit und Zeit. Dem ist es zuzuschreiben, daß die Veröffentlichungen über die Berufszählung von 1925 erst jetzt, sechs Jahre nach der Durchführung der Erhebung, zum Abschluß gekommen sind und eine Auswertung zulassen. Natürlich treffen in einer Zeit wie der unfrigen, in der sich der berufliche Stand der Bevölkerung infolge der großen Schwankungen und Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt beinahe von Tag zu Tag ändert, die Ergebnisse im einzelnen nicht mehr ganz so und lauten heute vielfach etwas anders. Das kann aber die Zahlen von 1925 nicht wertlos machen, denn auf sie müssen alle Erörterungen über die berufliche und andere Seiten des deutschen Volkes aufbauen, solange keine neue allgemeine Erhebung stattgefunden hat und ihre Ergebnisse aufbereitet vorliegen. Aus diesem Grunde sei hier einmal das wesentlichste festgehalten, was sich aus jener Zählung für die Berufsgruppe „Bergarbeiter“ ergibt.

Der von der Berufszählung von 1925 unter der Bezeichnung „Bergarbeiter“ nachgewiesene Personenkreis ist ziemlich verschiedenartig zusammengesetzt. Da mit den heutigen Bergwerken in der Regel Nebenbetriebe wie Bräufabriken, Kofereien, Schmelereien und andere Anlagen zur Aufbereitung und Weiterverarbeitung verbunden sind, weisen diese Werke auch entsprechend verschiedenes Personal auf. Unter Tage sind neben den Hauern und Schlegelern, die am Flöz arbeiten und die Mineralien zu den Förderwagen schaffen, auch Personen beschäftigt, deren Tätigkeit in der Vorbereitung und Sicherung der bergmännischen Arbeit besteht, als da sind Zimmerlinge, Rohrleger, Halbfahrer, Schießmeister u. a. Andererseits arbeiten über Tage viele Bergleute, die nicht mehr rüstig genug sind, die Gruben zu besetzen. Weiter sind mit der Wartung der Maschinen, Fördermaschinen, Pumpen, Ventilatoren besondere Arbeiter beschäftigt. Zu ihnen kommt dann die Masse der ungelerneten Arbeitskräfte, besonders in den weiterverarbeitenden Betrieben. Dieses Nebeneinander- und Aneinandergehen erschwert die Abgrenzung der Bergarbeiter. Die Absicht, die Hauer, Schlegeler usw. ähnlich wie in der preussischen Lohnstatistik und in der Statistik der Bergbehörden gesondert auszuführen, hat sich jedenfalls nicht verwirklichen lassen, zumal sich in den Haushaltslisten sehr häufig nur die Bezeichnung „Bergmann“ statt genauerer Angaben fand.

Am wichtigsten ist der Beruf des Bergarbeiters im Steinkohlenbergbau, denn hier ist die hauptsächliche Tätigkeit des Bergmannes noch unentbehrlich. Nur das Förderwesen und die Arbeiten über Tage sind weitgehend mechanisiert. Hier fallen unter den Begriff Bergarbeiter die am Flöz arbeitenden Hauer oder Hauer, die nach Diensthauer und anderen Maschinen wieder in Lehrhauer, Abhauer, Bedingehauer, Bollhauer, Oberhauer austreten, ferner die Förderleute, Zimmerhauer, Schießmeister, Rohrleger, Spülrohrlager, Rasthauermeister, Halbfahrer und -wärter, Beriefler und andere Gruppen von Beschäftigten. Auch Wetterleute, Wetterkontrollen, Schlammner, Schlammkipper, Spüler usw. sind mit einzubeziehen. Der Braunkohlenbergbau, in dem der Tagebau vorherrscht, weist infolge weitgehender Maschinenverwendung zu einem großen Teile andere Arbeitergruppen auf als der Steinkohlenbergbau. Außer den Hauern und Schlegelern, die sich hier in der Mindezahl befinden, sind noch einige Gruppen von Uebertagearbeitern mitgezählt worden. Nicht als Bergarbeiter gerechnet worden sind die Maschinenisten und Maschinenführer, ferner auch nicht die mit Abraum- und Hüfsarbei-

ten bei der Kohlegewinnung beschäftigten Arbeiter, ebenso nicht die in den Bräufabriken und Nebenbetrieben tätigen Personen wie Abraum-, Bagger-, Bräufarbeiter, Gleisrücker, Rottenleute, Stoppkolonnenarbeiter usw. Für die Bergarbeiter im Erz- und Salzbergbau gilt dasselbe wie für die im Steinkohlenbergbau. Auch hier sind die mit der Weiterverarbeitung der gewonnenen Materialien beschäftigten Personen nicht als Bergarbeiter gezählt.

In dieser Umgrenzung des Begriffes „Bergarbeiter“ wurden 1925 rund 542 000 hauptberuflich Erwerbstitige gezählt. Auf die einzelnen Zweige des Bergbaues verteilten sie sich in folgender Weise:

Steinkohlenbergbau	455 384	84,0 %
Braunkohlenbergbau	43 209	8,0 %
Erzbergbau	29 073	5,4 %
Salzbergbau	12 957	2,4 %
Gewinnung von Asphalt, Graphit	652	0,1 %
Sonstige Wirtschaftszweige	693	0,1 %
541 968		100 %

Ueber vier Fünftel aller deutschen Bergarbeiter entfielen danach auf den Steinkohlenbergbau und noch nicht ein Zehntel auf den Braunkohlenbergbau, obwohl die gefördert Braunkohle mengenmäßig der Steinkohle fast gleichkommt. Im Braunkohlenbergbau ist infolge der Stärke der Flöze und der geringen Tiefe der Kohle führenden Schichten der Verwendung von Maschinen ein weites Spielraum gegeben, während gelernter Bergleute in geringem Umfange benötigt werden. Die ungelerneten Arbeitskräfte kamen hier mit 36 000 Köpfen an Zahl den Bergarbeitern beinahe gleich, wogegen sie im Steinkohlenbergbau nur ein Siebentel der Zahl der Bergleute ausmachen. Die Braunkohle wird eben überwiegend im Tagebau gewonnen. Die Zahl der Erzbergleute hat sich gegen 1907 infolge des Verlustes des lothringischen Minettegebietes bedeutend vermindert.

Von den Steinkohlenbergleuten kamen auf:

Rheinland-Westfalen	374 001	82,1 %
Ober-Schlesien	27 487	6,0 %
Niederschlesien	25 264	5,6 %
Land Sachsen	18 552	4,1 %
Sonstige Gebiete	10 080	2,2 %
455 384		100 %

Von den 374 000 Bergleuten Rheinland-Westfalens entfielen wieder rund 357 000 auf das Ruhrgebiet und 16 500 auf das im Aufstiege begriffene Nachener Gebiet. Das Ruhrgebiet beschäftigte also fast vier Fünftel der Steinkohlenbergarbeiter. Die starke Beziehung des rheinisch-westfälischen Bezirkes beruht auf ungünstigen Abbaubedingungen, es kommt hier auf den Kopf der Belegschaft eine geringere Förderung als in Oberschlesien, wo die geologischen Verhältnisse vorteilhafter liegen.

Von den Braunkohlenbergleuten hatten ihren Sitz in:

Provinz Sachsen	13 654	31,6 %
Brandenburg	5 213	12,1 %
Land Sachsen	3 968	9,2 %
Thüringen	2 888	6,7 %
Niederschlesien	2 730	6,3 %
Anhalt	1 141	2,6 %
Braunschweig	833	1,9 %
Saarscheinischem Gebiet	5 279	12,2 %
Uebrigte Gebiete	7 500	17,4 %
43 209		100 %

Hitlers rauhe Kämpfer.

So sehen sie aus. Dreitausend Nazibonzen fressen sich voll auf Kosten des Volkes.

Die Hauptverwaltung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation versendet folgendes Schreiben, das nur bestimmt war für die Gau- und Bezirksleitungen:

„Betrifft: Vertrauliche Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebs-Marginalismus.“

Einführung:
Es ist wiederholt in Rundschreiben sowohl auch in Führerbefehlen betont worden, daß die NSBO keine Gewerkschaft ist, auch nicht der Vorläufer einer solchen. Die NSBO ist nichts weiter, als die besondere spezifische Waffe zur Eroberung der Betriebe durch Niederrückung des Betriebsmarginalismus. Nationalsozialisten schließen sich nur zu dem Zweck in der NSBO zusammen, um Idee und Weltanschauung in die Betriebe zu tragen. Als Gewerkschaft ist die NSBO schon durch die Feststellung des Reichsarbeitsgerichts nicht anerkannt. Es kann also auch gesetzlich keine Arbeitsgerichtsvertretung durch die NSBO stattfinden.

Ebenfalls können bei Streiks keine Unterstellungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs.-Arbeitgebern zu zerstreuen.

Werbeaktionen im Jahre 1932.

Es muß jedem einzelnen Pgs., der im Betrieb beschäftigt ist, zur unumgänglichen Pflicht gemacht werden, der NSBO anzugehören. Pgs., die im Betrieb noch keine Zelle haben, müssen versuchen, unter allen Umständen eine solche zu schaffen. Sollten sich Pgs. aus undurchsichtigen Gründen weigern, einer solchen beizutreten oder dieselbe zu organisieren, so ist dem betreffenden Pgs. mitzuteilen, daß Antrag auf Ausschluß beim Uscha des Gaues, gemäß § 4, Abs. 1 b gestellt werden kann, wenn er weiter auf seiner Weigerung beharren sollte.

Von den einzelnen Gau-Bez. und Abz. muß eine Betriebsversammlung organisiert werden und zwar so, daß eine die andere ablöst. Als Redner kommen nur solche Pgs. in Frage, die sich besonders für Arbeiterversammlungen eignen und die Psyche des Arbeiters genau kennen.

Ist eine Betriebszelle aus eigener Kraft heraus fähig, eine Betriebsversammlung einzuberufen, so braucht hiervon die Ortsgruppenleitung lediglich verständigt herangezogen werden. Sonst müssen sämtliche Ortsgruppen, in Verbindung mit der NSBO, die Betriebsversammlungen organisieren. Die Betriebe müssen vor allen Dingen ständig mit Flugblättern, Broschüren und Zeitungen bearbeitet werden.

Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und die leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.

In Betriebszeitungen ist vor allem aufs schärfste das heutige System anzugreifen, sowie die arbeiterverräterische Politik der Gewerkschafts- und SPD-Bonzen. Gerade das letztere leuchtet dem Arbeiter am besten ein. So z. B. Lebensweise und Gehalt der Bonzen (insbesondere ist Privatleben derselben zu beobachten, ihr Werdegang usw.). Hier muß vor allen Dingen verstanden werden, die soziale Lage des Arbeiters der der Bonzen gegenüberzustellen und deren einseitiger Beruf.

Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen und gerade die Weckung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühl beim Arbeiter führen oft später zur Reife politischer Erkenntnis.

Ist es bei zu großer Interesselosigkeit der Betriebsbelegschaft nicht anders möglich, so muß das Propagandamaterial eine Zeitlang kostenlos in die Betriebe geworfen werden.

Tätigkeit und besondere Aufgaben der NSBO-Betriebsräte:

Die NSBO-Betriebsräte sind in ganz besonderem Sinne Amtswalter. Jeder nationalsozialistische Betriebsrat ist ein vorgeschobener Posten in den vordersten feindlichen Linien.

Der NSBO-Betriebsrat ist in erster und letzter Linie nur der Partei und Bewegung verantwortlich. Die Anordnungen des Führers und der Partei allein sind für ihn maßgebend. Das Betriebsrätegesetz ist nur eine Frage der Taktik für denselben.

Die vornehmste Aufgabe des Nationalsozialisten im Betrieb ist der Kampf für unsere Bewegung und die Vernichtung des Feindes. In welcher Gestalt uns der Feind auch gegenübertritt, ob KPD, KSD, oder die sozialdemokratischen und die sich in ihrem Schlepptau befindlichen halbmarxistischen, sogenannten christlichen Gewerkschaften automatisch zu den „Christlichen“ übergehen, ist nur aus dem Grunde, um ebenfalls Kämpfer mitten ins feindliche Lager zu schicken.

Die akute Gefahr droht nun weniger von Seiten der KPD und SPD, als von Seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften.

Hier hat der Kampf einzusetzen. Daß dieser Kampf nur mit besonderen Mitteln geführt werden kann, liegt auf Grund unserer zahlenmäßigen Schwäche in den Betrieben auf der Hand. Vor allen Dingen muß deshalb versucht werden, diese zahlenmäßige Schwäche zu beheben. Dieses geschieht am besten mit den der NSBO angeschlossenen Erwerbslosezellen: die nationalsozialistischen Betriebsräte müssen es verstehen, erwerbslose Pgs. in die Betriebe zu bringen. Um dieses zu erreichen, ist es notwendig, daß der Betriebsrat mit den einzelnen Zellenmitgliedern immer engste Fühlung behält. Nur so kann immer auf schnellstem Wege festgestellt werden, wo ein Arbeitsplatz frei wird, oder ein solcher freigemacht werden könnte.

Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betrieb jeden Marginalisten-Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte Adressenmaterial, Photos usw. ist über den Gau an den „Sonderdienst“ weiterzuleiten (Abteilung 1 V B II München). Die Hauptaufgabe ist schon, wenn nur geknipst ist, das übrige erledigt dann die technische Abteilung. Ist der Arbeitgeber Pgs., so steht demselben das Recht zu, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von allen schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pgs. in den Betrieben Arbeit finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen. Daß die Beschaffung dieses

Materials natürlich äußerster Vorsicht bedarf, braucht nicht näher erörtert zu werden.

Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhehlte.

Schlussbemerkung.

Die Reichsleitung der NSBO hofft, daß die einzelnen Pgs. in Zukunft alle Kräfte daran setzen werden, obige Voraussetzungen zu erfüllen. Der Jude Mardochai hat einmal von der Athletengestalt des deutschen Arbeiters gesprochen. Es wäre ein unvermeidlicher Fehler, wenn man die Nichtigkeit dieses Ausspruches übersehen würde. —

Je früher wir es verstehen, diese Athletengestalt in den Dienst der Nation zu stellen, desto mehr wird es uns gelingen, die Macht im Staat zu ergreifen und diesem verfaulten System den Todesstoß zu versetzen.

Auch hat der Kano-Tuffsch uns gelehrt, wie wichtig die Herrschaft über die Betriebe ist.

Hierin können wir nur von der KPD lernen. Es dürfte auch viel leichter als der KPD fallen, die Betriebe zu erobern auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unseres gut ausgebauten Propagandapparates.

Also Pgs. auf in den Entscheidungskampf 1932. — Laßt uns kämpfen und der Sieg ist unser.“

So, Stumpel, nun kennst du sie, die rauhen Kämpfer Adolf Hitlers. In Wahrheit sind es organisierte Streikbrecher im Dienste kapitalistischer Arbeiterhändler. Sie sind dressiert auf Verleumdung und Verhehlung. Charakterlosigkeit und moralische Verwahrlosung sind ihre Qualitäten, wie das obige Rundschreiben lehrt. Sklavengerhorsam ist ihre männlichste Tugend, was ja auch bei den Schülern eines „warm“herzigen bolschewistischen Hauptmanns Köhm nicht besonders zu verwundern braucht. Millionen deutscher Werktätiger haben sie für sich einzufangen gewünscht. Was ist das Resultat?

Ungefähr dreitausend nationalsozialistischer Parteibonzen zählt der Apparat von Hitler, mit zum Teil bis zweitausend Mark Einkommen monatlich. Darunter sind allein drei- bis vierhundert Reichs- und Landtagsabgeordnete, die ihre festen Diäten schluden. Viele haben Doppeldate mit oft stark überhöhtem Diäteneinkommen. Dazu kommen dann die Nazibonzengehälter, die zum Teil weit über 1000 M. liegen. Aber Arbeit im Parlament leisten wollen und können sie nicht. Deshalb die Hehe und Verleumdung gegenüber den anderen. Sie müssen eben genug Dumme finden, die ihnen ihre Bonzenpründe erhalten helfen. Kameraden, reißt diesen Demagogen und Volksbetrüger die Maste herunter!

Staatwirtschaft besser als Privatwirtschaft.

Die Abschlußergebnisse der Bergwerks-AG. Redlinghausen und der Hibernia.

Nach der Preußag geben nunmehr die Bergwerks-AG. Redlinghausen und die Hibernia ihre Abschlußergebnisse für das Kalenderjahr 1931 bekannt. Während der Staat in der Preußag verschiedenartige Produktionszweige, z. B. Kautschuk, Erz und Bernstein, gesellschaftsmäßig verbindet, so handelt es sich bei den beiden erörterten um reine Kohlenunternehmen, die einen bedeutenden Einfluß des Staates auf den deutschen Steinkohlenbergbau in sich vereinigen. Bei einem kritischen Vergleich des Entwicklungsganges und der heutigen Lage dieser beiden Staatsunternehmen mit gleichartigen Betrieben der kapitalistischen Privatwirtschaft ist die wirtschaftliche Kontinuität der Staatsbetriebe ohne weiteres in die Augen springend, während der Entwicklungsgang in der privatkapitalistischen Wirtschaft sich auf einer geradezu destruktiven Linie bewegt.

Die Bergwerks-AG. Redlinghausen schließt das Geschäftsjahr 1931 mit einem Betriebsgewinn von 9 524 126 M. (im Vorjahr 11 126 829 M.) ab. Für Abschreibungen wurden 6 954 908 M. (i. V. 6 932 381 M.) verwandt und dem Werterhaltungsfonds sollen wieder 2 000 000 M. überwiesen werden. Von dem verbleibenden Reingewinn, der einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahr 898 750 M. (i. V. 2 999 531 M.) beträgt, werden wie im Vorjahr 200 000 M. dem gesetzlichen Reservefonds überwiesen, und der Rest von 698 750 M. wird auf neue Rechnung vortragen. Eine Gewinnausschüttung soll nicht vorgenommen werden.

Die Bilanz der Bergwerksgesellschaft Hibernia in Herne beendete das Geschäftsjahr 1931 mit einem Betriebsgewinn von 6 293 819 M. (i. V. 5 516 649 M.). An Abschreibungen wurden 6 429 742 M. (i. V. 2 233 122 M.) vorgenommen, so daß sich einschließlich des Verlustvortrages 1930 in Höhe von 472 177 M. ein Verlust von 608 100 M. ergibt.

In den Betriebsgewinnen dieser beiden Unternehmen sind die Aufwendungen für Steuern, soziale Lasten, Zinsen und Handlungskosten bereits enthalten. Trotzdem die Staatsunternehmen unter der allgemeinen Wirtschaftskrise und unter den besonders ungünstigen Verhältnissen des Steinkohlenbergbaues im verflochtenen Jahre in der gleichen Weise wie die gesamte Privatwirtschaft zu leiden hatten, war es der Bergwerksgesellschaft Hibernia noch möglich, trotz aller ungünstigen Zeitverhältnisse noch einen Mehreüberschuß von rund 780 000 Mark gegenüber dem Vorjahre herauszuzuwirtschaften, während

die Bergwerks-AG. Redlinghausen nur einen Rückgang des Betriebsgewinns gegenüber dem Vorjahr um rund 1,6 Mill. M. = 14,5 Prozent erfahren hat. Bei gleichartigen Unternehmen der Privatwirtschaft betragen die Rückgänge der Betriebsgewinne gegenüber dem Vorjahr 30 bis 40 Prozent und stellenweise noch mehr. Besonders hervorzuheben und ein Beweis rationaler Investitionspolitik ist die nicht unwesentliche Erhöhung der Abschreibungssummen gegenüber dem Vorjahr bei beiden Unternehmen. Auch in diesem Punkte zeigt sich die günstigere Lage der Staatsunternehmen gegenüber den meisten Betrieben der privatkapitalistischen Wirtschaft, die vorwiegend eine starke Ermäßigung der Abschreibungen gegenüber dem vorhergehenden Geschäftsjahr vorgenommen haben und größtenteils nicht einmal in der Lage waren, selbst diese reduzierten Abschreibungen zu verdienen. Sowohl die Bergwerks-AG. Redlinghausen als auch die Hibernia haben die erhöhten Abschreibungen voll verdient.

Bei sachlicher Betrachtung dieser Zahlen und nüchternen Beurteilung der Sachlage ist der gewaltige Vorprung hinsichtlich des wirtschaftlichen Effekts unserer Staatsunternehmen gegenüber der kapitalistischen Privatwirtschaft nicht zu bestreiten. Hinzu kommt noch, daß es gerade die Staatsunternehmen sind, die infolge weitestgehender Rücksichtnahme in sozialpolitischer Hinsicht weit höheren Belastungen ausgesetzt sind, als das in der Privatindustrie der Fall ist. Gerade in den heutigen Zeiten stärkster wirtschaftlicher Depression haben unsere Staatsunternehmen den Beweis ihrer Lebensfähigkeit mit vollem Erfolge erbracht; heute dürfte sich angesichts des Trümmerfeldes der kapitalistischen Wirtschaft auch in den Kreisen aller derer diese Erkenntnis Bahn gebrochen haben, die bisher unseren Staatsunternehmen eine Existenzberechtigung abgesprochen haben. Wenn auch mancherlei Dinge bei den Staatsunternehmen — vor allem ist es die teilweise großkapitalistische Einstellung einer Reihe leitender Persönlichkeiten — sich nicht mit unserer Auffassung über industrielle Verstaatlichung identifizieren, so müssen die Bilanzen unserer staatlichen Unternehmen trotzdem größte Beachtung finden. Sie sind als ein vortrefflicher Wertmesser überall da anzuzuwenden, wo die kapitalistischen Führer der Privatwirtschaft verlagert haben, und wo es gilt, der Forderung der Gewerkschaften auf Verstaatlichung des Bergbaues besonderen Nachdruck zu verleihen.

Mitglied und Verband.

Ein großer Verband ist natürlich nur bei einer großen Zahl von Mitgliedern möglich. Aber das einzelne Mitglied hat doch mehr als Nummer im Verbandsbuch sein. 1000 Verbandsbücher bedeuten 1000 angeschlossene Menschen. Aber 1000 angeschlossene Menschen, was bedeuten sie? Sie können viel und wenig bedeuten. Ihr Wert hängt von den Energien jedes einzelnen ab. 1000 Menschen, dem Verbandszugehörig, doch jeder ohne starkes persönliches Wollen: es wäre nichts als Mitgliedschaft auf dem Papier. Aber jeder der 1000 ein ganzer Kämpfer. Jeder ein bewußter gewerkschaftlicher Mensch; und Energien werden da getragen, gegen die die Zahl 1000 erblickt.

Das Ganze hat den einzelnen zur Voraussetzung. Ein Verband braucht starke Kämpfermensch. Gemeinschaft und Persönlichkeit sind in ihrem Wesen untrennbar.

Ob werden diese beiden Begriffe falsch verstanden. Gemeinschaft, so sagen die Gegner, sei etwas undefinierbares, Kernloses, Weichliches, ohne Charakter, Eigenart und Kraft.

Und Persönlichkeit, so meinen manche, auch unter uns, sei Individualismus, Vereinzelung.

Beides ist falsch. Gemeinschaft kann nicht ohne Persönlichkeiten sein, und die echte Persönlichkeit wieder hat ihr Lebens- element nur in der Gemeinschaft.

Was der Kapitalismus braucht, das ist nicht die Persönlichkeit, sondern der Individualist, der Einzelnen mit selbstischem Denken. Er war der Mensch, wie ihn die bisherige ökonomische Entwicklung hervorgebracht hat, und nur hin und wieder rechte sich auch ein einsamer persönlicher Mensch mit unabhängigem, freiem, gemeinschaftlichem Wollen aus den Zeiten heraus.

Doch die wirtschaftliche Wende der Geschichte, die wir heute erleben, bringt auch den neuen Menschen, wie ihn die Zukunft braucht. Den freien und brüderlichen Menschen, den Menschen, der Persönlichkeit und Bruder ist.

Und der bedeutende Prophet dieses neuen Menschentums war zu Beginn des sozialen Jahrhunderts Goethe, der auch in dieser Beziehung vom Gegner zu Unrecht in Anspruch genommen wird.

Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der persönliche Mensch der Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit. Der Mensch, der nicht

nach links sieht und nicht nach rechts, nicht nach Nutzen und Schaden. Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der Mensch, der nichts anderem lebt als der Idee.

Der Idee leben! Unentwegt! Von der Idee getragen sein, wo man auch ist, was man auch treibt, in allem. Selbst die Idee sein!

Ist es anders möglich, als daß sich ein Mensch sich mit Gleichgesinnten verbünden fühlt? Daß er sich freudig der Gemeinschaft in solcher Idee gibt? Daß in ihm Gemeinschaft und Persönlichkeit eines ist?

Bisher herrschten Interessen im Leben. Es gab keine verbindende sittliche Kraft. Durch die Wirtschaftsordnung war die Welt zerrissen in Klassen und Gruppen, in Hoch und Niedrig, Verschwendung und Not. Da konnte weder Gemeinschaft noch Persönlichkeit sein.

Das aber ist das Große des Menschentums, das da mit unserem Wirtschaftsgedanken heraufsteigt aus der Zeit, daß Mensch und Menschen sich finden, daß die Idee uns eint, daß ein Ziel der Wahrheit jeden zum freien und freudigen Kämpfer macht, der es geradezu als Bedürfnis empfindet, sich den Brüdern dieser Idee zu schenken, mit ihnen zusammenzutreten und ein Freier unter Gleichen, ein Bruder unter Freien zu sein.

Und darin ist die ungeheure historische Kraft des gewerkschaftlichen Kampfes begründet. Die Ethik der Geschichte ringt in ihm. Er bindet mit seiner Wirtschaftsgestaltung den sittlichen Sinn, zu dem die Entwicklung drängt durch alle Jahrhunderte.

Kampf dem Selbstischen! Kampf der Wirtschaft, die auf Selbstisches eingestellt ist! Alles für alle! Jeder frei und alle vereint als Brüder in Freiheit! Als Mitglied zugleich kämpfender Mensch! Mitgliedschaft erfüllt von Energien des Glaubens und der Wahrheit! Mitgliedschaft erfüllt vom heiligen Feuer der Idee!

Und so der Verband! Nicht von Nummern zusammengehalten, sondern durchglüht vom Glauben an höchstes Menschentum! Persönlichkeiten einer Liebe! Liebe aus Millionen Herzen freudig geknüpft!

Die Gemeinschaft der Zukunft hat ihre Wurzel in der freien Seele jedes einzelnen, so wie die Gewerkschaftsbewegung zu solchem Ziele ihre Energien aus dem gewerkschaftlichen Menschentum jedes Mitglieds schöpft.

Dr. Gustav Hoffmann.

HAUS UND LEBEN

Japan — Bergleute.

250 000 Kumpels, davon sind 35 000 Frauen, das ist Japans Kohlenindustrie.

Wir haben wenig Kohle — und sie taugt nicht viel, unsere große Konkurrenz ist die chinesische Kohle, sie ist besser und billiger.

Kohle: wir fördern im Jahre 35 Millionen Tonnen, das reicht nicht für die heimische Industrie — und unsere Eisengruben sind fast erschöpft.

Japans Kumpel als Mensch. Zum guten Teil organisiert: freigerwerbsmäßig! International orientiert — Verbindung zu den Kumpeln in Chinesisch-Schantung und Verbindung zu den großen ostasiatischen Gewerkschaftszentralen in Kanton, Südchina, Kanton, das revolutionäre Paris des Ostens.

Der japanische General: Meine schlechtesten Soldaten sind die Bergleute.

Der japanische Kapitalist: Meine unruhigsten „Untertanen“ sind die Tiefenwähler, die Kumpels; ihr Industriefeuer freibt meine Maschinen, aber ihr Geistesfeuer wird mich enteignen. Früher oder später! Die Götter haben mir das im Traume offenbart.

Die Frau im japanischen Pfl. Ihre Kinder sind Titanen, in vulkanischer Tiefe schmieden sie die revolutionären Schwerter.

Japans südlichste Insel, Kohle: Agushu! Auf der Breitenhöhe von Schanghai, Mexiko und Mexiko. Auf der Fortschrittshöhe von Pittsburg, Schantung, Glasgow, Cardiff und Bochum. Nur international entscheidet sich Kumpels Schicksal.

Es gibt einen Gott, die Kraft in der Kohle: der Kumpel ist ihm am nächsten. Und die Kumpelin ist Japans moderne Priesterin, sie fördert das ewige Feuer! Freiheit! dm.

Der Berggeist.

Weil er ein Kölner war, nannten wir ihn einfach Lünnes. Er war eine echte Großstadtschauze, der seinem Heimatort alle Ehre machte. Alles mußte und konnte er besser! Und wie solche selbstüberhebliche Menschen sind, wollen sie natürlich die Fähigkeiten anderer absolut nicht anerkennen. Allen, die Einwände gegen seine Behauptungen zu machen versuchten, antwortete er mit persönlichen Schmähen und Gehässigkeiten. Als Soldat hätte er bei den Wägen gedient. Die Zeit, wo er glaubte, mit seiner betretenen Uniform allen Mädchen den Kopf verdreht zu haben, war ihm das Ideal seines politischen Wollens. Sein Untertanengeist lehnte sich nach dem starken Mann, nach Hitler. Doch der Bergmann hat einen breiten Buckel; wenn einer nur solches Zeug schwagt, dann läßt er ihn stehen und geht seine Wege.

Dieler Lünnes war auf derselben Strecke als Steinklipper, wo wir unsere Kohlen wegfuhren. Es war im Flöz Didebank. Die Arbeitsverhältnisse waren nicht ungünstig, jedoch ließ uns eine miserabile Wetterführung mehr, Schweiß als nötig vergießen. Keinen Hauch von einem Lüftchen spürte man im Pfeiler. Der größte Leidtragende war mein Kumpel, welcher, dick wie eine Tonne, in allen Abstrichen über die elende Mißwirtschaft fluchte und schimpfte. Aber wie dicke Menschen sind: sie lassen den Mut nicht sinken. Sie besitzen meistens einen goldenen Humor, der sie selten verläßt. So fand auch mein Kumpel immer noch heitere Worte voller Galgenhumor, wodurch er unser Los zu erleichtern suchte.

„Lünnes“, rief er hinunter, „paß auf, heute kommt der Berggeist!“

„Du willst mich wohl veräppeln?! brüllte dieser wieder.“

„Und ich sage dir, heute kommt der Berggeist.“

„Quatsch doch nicht so 'n Blech!“

„Du denkst wohl, es gibt keinen?“

Der Hund des Bergmanns.

Ich gehe meinen Freund besuchen, den alten treuen Bergmann — eine schwielige Hand drückt die meine — und Cuno springt freudig bellend an mir hoch, Cuno der Hund, der Freund meines Freundes. Unier beider Freund!

Ei, Cuno, nich so wild, du reißt mich ja um — bis ans Gesicht springt er an mir hinauf — Cuno, willst mal 'n Zug aus meiner Pfeife tun? Na, rauchen tut der Cuno nig — er will ganz was anderes, er weiß, wenn ich auf Besuch komme — dann gehis hinous aufs Feld und in den Wald — ich komme Cunos Herrn abholen — 'nen Spaziergang zu machen. Ja, jagt Kumpel, laß uns man gehn, ich hab ja Feierschicht, laß uns mal vor die Stadt. Wies, Frau. Stell mir die Erbsen warm. Cuno, komm: pfiit! Der Pfiff. Wir marschieren. Cuno vornweg.

Dscha, der Cuno, ein Krackferrl is er, unser Hund. Schön ist er gerade nicht, er ist 'n Schnauzer, 'n Pinscher ist er, pfeffer- und salsfarbig, Ohren und Schwanz gekürzt, der Kopf gestreckt, 'nen steilen Schnurrbart, wie weiland Kaiser Wilhelm: es ist erreicht! Und lebendig is er, unser Hündchen Cuno, hufsch is er hier — hufsch is er da — hinter die Rahe her — hoi, die wilde Jagd! Und jede Gese nimmt er mit, der Cuno, wie Pfarrer Münchmeyer. Überall muß er dran riechen.

Ich sagte, schön is er gerade nicht, unser Cuno — und doch ist er schön, sein Auge ist schön — braun, mit goldenen Reflexen. So ein gutes treues Hundaugen. Kumpel sagt — ich hab ihn bald ebenso zerr wie meine Frau, den Hund. In einem is er sogar meiner Frau über — er hat nie schlechte Laune, immer is er der gleiche — wenn ich vom Bütt komme, dann geht er mir schon 'ne halbe Stunde entgegen, er holt mich von der Arbeit ab — das ist meine Frau niemals — höchstens mal, wenn ich mit der Schmitze komme!

Ei, Cuno, gehste da raus — das Dredwasser! Ach, laß ihn doch — sagt Kumpel, er holt sich 'nen Braten. Na, sowas aber auch — da prustet und spritzt unser Hund Cuno durch den schwarzen Kanalgraben, wie Linte spritzt das Wasser um ihn her — und dann is er weg, der Cuno, getaucht —. Raß nur auf, laßt Kumpel, was jetzt passiert —. Pfisch, prrrrr! Da is er wieder, der Schnauzer, hoo der Frau, was hat er denn da in den Zähnen, 'nen alten Fausthandschuh? Cuno, komm, apportier —. Sei, 'ne Rahe, 'ne ganz dicke und fetze — und stolz strahlt Cunos Auge, er legt uns die Rahe zu Füßen — und er sagt mit dem Blick: joo, machst mir das mal nach — holt evch mal 'ne Rahe da aus dem Kanal heraus. Jaa, Kumpel, fällt mi? Häte Lust?

Pfingsten.

**Freude atmet die Erde,
Schönheit und Glanz.
Rings wogt ein Rausch von Farben
Wie Blumen im Kranz.**

**Froh tummeln sich die Menschen
Im Eden der Natur.
Ein Duft, ein Sang, ein Blühen
Umrieselt Wald und Flur.**

**Im Zauber der Jugend lächelt
Der schöpferische Geist
Und seine Wunder prunken,
Vom Strahlengold umgleist.**

**Und seine Wunder blühen
Und reifen zu goldiger Frucht,
In der das Wunder des Lebens
Sich zu vererben sucht.**

**Mit selbster Verschwendung
Wird Lebendes bedacht,
Jedoch wird der Bescheidene
Um seinen Teil gebracht.**

**Freude atmet die Erde,
Schönheit und Glanz.
Wann schmückt sich der Bescheidene
Zum Erntetanz?**

Victor Kallnowski.

„Hol de Schnüß!“ erwiderte Lünnes in seinem Dialekt und fuhr mit dem Wagen davon.

„Ich schwitze kaputt!“ stöhnte mein Kumpel, warf ärgerlich den Abbauschwamm in die Kohle und wuschte sich den Schweiß ab. „Im Fegefeuer kann es nicht schlimmer sein als hier in diesem Pfeiler“, antwortete ich ihm. Unsere Kleidung hatten wir auf das Allernotwendigste beschränkt. Nur eine nasse Hose zierte unseren schwärzen Körper. Dennoch schwitzten wir wie ein Eisbär am Äquator.

„So müßten uns einmal diejenigen sehen, die immer noch glauben, uns geht es gut“, sagte ich.

„Ich wünsche bloß“, entgegnete mein Kumpel, „die Direktoren und Aktionäre unserer Gesellschaft müßten vor den Lohnverhandlungen eine solche Schicht verfahren, vielleicht würden dann unsere Vertreter etwas mehr erzielen.“

„Wenn das mit der Wetterführung nicht bald anders wird, dann zerplatze ich hier noch wie ein Schneemann“, knurrte der Dicke, als wir einen neunfüßigen Stempel den Pfeiler heraus schleppten.

„Mir ist bald alles egal“, sagte ich, „mag kommen was will.“

In dieser erbärmlichen Lage schien mir die fatalistische Gleichgültigkeit das geeignetste Mittel zu sein, um den Zustand zu ertragen. Einen besseren Ausweg sah ich nicht aus dieser Zwangslage.

„Und wenn der Ose selber kommt“, sagte auf einmal entschlossen mein Kumpel, „seht ist Schluß, seht ziehe ich die Hose auch noch aus.“

Und ehe ich mich verfab, zog er seine Stiefel aus und streifte seine Hose herunter. Ich konnte vor Lachen kaum arbeiten, als

ich meinen dicken Kumpel in Adamskostüm — nur mit den Stiefeln an den Beinen — im Pfeiler herumspringen sah. „Sei wären wir wieder auf den Urzustand des Menschen gekommen“, sagte er und jagte wütend seinen Abbauschwamm in die Kohle. „Ho, August!“ rief Lünnes von unten aus der Bahn.

„Was willst du scheeler Billekaufen?“ antwortete mein Kumpel.

„Du sollst mal herunterkommen und dir ein paar Badpfeile holen.“

„Paß auf, du scheeler Billekaufen, ich schick dir gleich den Berggeist auf 'n Hals!“

„Denkst wohl, ich hab' Angst?“

Unterdessen kroch mein Kumpel langsam den Pfeiler hinunter. Während unten Lünnes noch immer randalierte und drohte, sprang mein Kumpel plötzlich mit einem Satz neben den Rollkasten und hielt mit einem mächtigen Schrei dem Klotz seinen edelsten Körperteil hin, den man sonst nur an einsamen Orten zu entblößen pflegt. Entsetzt über das schreckliche Geheiß des Berggeistes stieß Lünnes vor Schreck einen Angstschrei aus, während mein Kumpel sich vor Lachen bog. Nachdem Lünnes sich von seinem Schrecken erholt hatte, lachte auch er mit. Dann frug ihn mein Kumpel:

„Na, du oller Mehlwurm, glaubst du nun, daß es einen Berggeist gibt?“

G. S.

Mit vereinten Kräften.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine (kurz G. G. G.) konnte im verfloßenen Jahre ihren Umlauf in selbsthergestellten Gütern auf 145 Millionen Mark erhöhen. Das entspricht einer Steigerung von über 5 Prozent, die um so bedeutungsvoller ist, als der Gesamtumsatz des genossenschaftlichen Zentralunternehmens unter dem Druck der Kaufkraftschwächung etwas zurückging — er betrug 428 Millionen Mark.

Mögen diese Umsätze auch hoch erscheinen, so sind sie doch noch erheblich steigerungsfähig. Sie würden sich schon dann vervielfältigen, wenn alle diejenigen Werkstätten, die erkannt haben, daß sie sich zum Schutze ihrer Arbeitnehmerinteressen in Genossenschaften zusammenschließen müssen, zur gleichen Ehrlichkeit auch gegenüber ihren Verbraucherinteressen kämen. Bedeutet es doch für sie in jedem Falle eine Erhöhung der Kaufkraft ihres Einkommens, wenn sie in ihrer Eigenschaft als Verbraucher aus dem Kreislauf der kapitalistischen Wirtschaft heraustreten und sich einem Konsumverein anschließen. Dort wird ihnen für alle Güter der gerechte Preis garantiert. Darüber hinaus erhalten sie ihren Anteil an allen Vorteilen, die aus dem gemeinsamen Einkauf und der Gütererzeugung erwachsen und den Mitgliedern stets wieder zufließen.

Eine erhöhte Inanspruchnahme der genossenschaftlichen Einrichtungen und damit auch eine verstärkte Unterstützung der genossenschaftlichen Eigenproduktion ist jedoch nicht nur vom Standpunkt des Verbrauchers, sondern auch vom Arbeitnehmerstandpunkt aus erforderlich. Genossenschaftswirtschaft ist gleichbedeutend mit Planmäßigkeit in Gütererzeugung und -verteilung. Daß es eine Notwendigkeit ist, diesen Zustand allgemein einzuführen, bedarf keiner weiteren Begründung.

Die Vorteile, die dem einzelnen Haushalt aus der genossenschaftlichen Bedarfsdeckung entstehen, sind erheblich und um so fühlbarer, je größer die Notlage ist. Nicht minder wichtig ist jedoch die wirtschaftsgestaltende Wirkung, die den Verbraucher-genossenschaften innewohnt.

Mit den 54 Produktions- und Veredelungsbetrieben ihrer Großeinkaufs-Gesellschaft (G. G. G.) sind die Konsumvereine schon tief in das Gebiet der Gütererzeugung eingedrungen. Jede der Verbraucher ist es, ein weiteres Vorstößen dadurch zu ermöglichen, daß sie den G. G. G.-Erzeugnissen aus ihrem Konsumverein jederzeit den Vorzug geben. Sie dienen damit ihrem eigenen Vorteil und helfen gleichzeitig beim Aufbau einer neuen, vernünftiger organisierten Wirtschaft.

runder Schreiberbauch — och was, sagt Kumpel, ich stau' ihn schon weg — und hopplazauberdeide — der Hase sieht dem Kumpel am Bauch — den Wolljumper drüber — pfuit, Cuno, komm heimwärts. Wies, scheener Hasenwald!

Wieder die Chaussee. Immer noch die Lerchen. Der Wind fliegt ein Auto — Cuno bellend hinterher.

Da bringt der Cuno schon wieder was — im Schnabel — 'n Wildsauferkelchen? Na, 'ne Aktentasche. Roman, apportier! Se is zugeschliffen — de Aktentasche, schüttel mal, ob Geld drin klippert? Du, da kommt das schwarze Auto zurück — droben kreisen schreiend die Krähen — Cuno hüpfert rundum. Das Auto hält. „Ja, Sie haben unsere Aktentasche gefunden — schön, danke, s' sind zwar nur Aktienpapiere drin, die haben heute keinen großen Wert mehr — aber da habt Ihr jeder fünf Mark, laßt Euch 'ne Zigarre!“ „Merci, das können mer gebrauchen.“ Cuno wedelt mit dem Stummel, mit dem abgehakten Schwanz: denkt auch an mich!

Und nun sitzen wir an der Chaussee im Wirtshaus, zum „Hollerbusch“. Wir lassen zwei silberne Fünfmärkstücke auf dem Tisch springen — hoi, wie das klingt! Und Mia, die Wirtstochter, bringt uns die dritte Lage, Schwarzbier mit köstlichen Klaren. Und Zigarren. Und dem Cuno 'n halb Pfund Gehacktes, am Tisch: im Teller drin, Cuno sitzt am Stuhl, er gehört zu uns — er hat die zehn Em verdient, er hat die Aktentasche gefunden — Cuno, friß, willst 'n bißchen Senf dazu? Wuuu, ouiou, her damit, wie zur Franzosenzeit — Senf und Gehacktes, Cuno, Hündchen, kriege nachher aber keinen Durchfall wie Anno 23, die Inflation, herr Cuno bekam den Corpus longos. Ein böser französischer Senf!

Soo — und jetzt spachteln auch wir, unsere Hasenpfeffer. Mia, bringe du dir auch einen Teller. Und Cuno kriegt die Knochen. Und zum Hasenpfeffer 'ne Flasche Wein — noch eine — und Mia, du schwarzbraunes Wirtstochterin, sieh an dem beiden Herzen die Anemonensträuße, von uns zwei alten Jägern. Mia, den Hasen haste gut gebraten, sein gepfeffert. Und Mia läßt nun den Grammo spielen — 'nen ganz alten Rheinländer: Kumpel, hannis, den kannte noch, tanze du mal mit der Mia — horrlieh, wahrhaftig, es geht — das dreht sich wie so 'n Krüchel — und der Cuno tanzt mit, bellend auf zwei Beinen — lustig, das Leben is schön!

Mia sagt, gleich kommt mein Papa von der Jagd. Wir sagen, grüß ihn, deinen Papajäger, Schön-Mia. Sag ihm, der Hase war zart. Farewell. Wies. Das Fell von dem Hasen nehme ich mit, sagt Freund Kumpel: Meine Frau leidet manich mal an Asma, da lege ich ihr dann dies Hasenfell auf die Brust, das lindert. Cuno, komm, pfuiit! Max Dorn.

Aus dem Ruhrrevier.

RGD-Lügen wegen der Vorgänge auf Zeche Karoline am Pranger!

Die Vorgänge auf der Schachtanlage Karoline sind für die Arbeiterschaft beider Beweis dafür, daß das, was auf dieser Zeche gemacht wurde, sich auf keiner andern Schachtanlage wiederholen darf. Die Uneinigkeit der Arbeiter hat es mit sich gebracht, daß von der 497 Mann starken Belegschaft ohne Angestellte jetzt etwa 300 weiterarbeiten und mit einem Lohnverzicht für drei Schichten einverstanden sind. Von den Kommunisten brüskiert sich der RGD-Agitator Hausladen, ein ehemaliger Schulmeister, damit, daß er den Streik auf der Schachtanlage proklamiert habe. Hausladen hat es in seinen Reden, die er in der Belegschaftsversammlung hielt, wohlweislich vermieden, von einem Streik zu reden. Wenn er nun in öffentlichen politischen Versammlungen als „Vorkämpfer“ des Streiks rede, dann ändert das nichts an der Tatsache, daß diejenigen Arbeiter, die nach der ausgesprochenen Kündigung abgeholt sind, es abgelehnt haben, einen Streikbeschluss zu fassen. Die kommunistische Streikparole hat dazu denjenigen arbeitslosen Kameraden, die sich arbeitslos gemeldet haben, aber vorher ihre Unterschrift für den Lohnverzicht gaben, einen schweren Schlag versetzt. Diese Arbeiter sollen nach einem Beschluss des Spruchausschusses Arbeitslosenunterstützung nicht erhalten, weil sie im Arbeitskampsampf stehen.

Hausladen und seine Schmutzpresse behaupten nun, der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands habe den Lohnraub auf der Schachtanlage Karoline mit vorbereitet und ihm zugestimmt. Tatsache ist, daß der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands sich mit aller Macht gegen das Vorhaben der Verwalter gewandt hat und durch Flugblätter und Zeitungsartikel die Parole herausgab: „Lehnt jeglichen Lohnverzicht ab!“ Wenn auch drei Funktionäre unseres Verbandes dieser Parole nicht gefolgt sind, so ist das bedauerlich, besagt aber für uns als Organisation nichts. Soweit uns mitgeteilt wurde, ist auch der als tüchtiger „revolutionärer“ Kommunistenanführer bekannte Buchdahlke jeden Tag angefahren. Wie armfellig es in der RGD-Bewegung aussehen muß, zeigt auch die Tatsache, daß für die sieben oder acht Kommunisten, die als Belegschaftsmitglieder von Karoline in Frage kommen, eine ganze Welt aufgerufen wird, Unterstützungen für die „streitenden Massen“ zu geben. Die Herrschaften reden in der Öffentlichkeit wohl gern von Kampf, haben aber keine Mittel, die in den Kampf getrieben zu unterstützen. Hier soll dann der Bettelack nachhelfen. Hausladen und sein Anhang sind jetzt auch deswegen stark verärgert, weil die Bevölkerung in Holzwickede und die Belegschaft von Karoline den kommunistischen Ideen nicht zugänglich sind. Bei der Landtagswahl hat die RGD in Holzwickede einen beträchtlichen Teil ihrer Stimmen verloren.

25 Jahre Zahlstelle Duisburg-Laar.

Am Mai dieses Jahres feiert die Zahlstelle Duisburg-Laar ihr 25jähriges Bestehen. Wenn wir über die 25 Jahre Rückschau halten, können wir mit Zufriedenheit feststellen, daß die Zahlstelle Laar sehr viel geleistet hat. Eine ganze Reihe guter Funktionäre, die in zahlreichen Ämtern ihre segensreiche Arbeit für die Arbeiterschaft ausübten, sind durch die Zahlstelle geschickt worden. 90 Prozent aller Zahlstellenmitglieder arbeiten auf Schacht Westende 3-4 und niemals liegen sie zu, daß es den Spaltern von links gelang, die Oberhand in der Betriebsvertretung von Westende zu erhalten. Auch Laar sitzt mitten drin im Hegensessel der RGD. Ein Triumph für den Verband und die praktische Gewerkschaftsarbeit der Zahlstelle ist es, daß die RGD seit ihrer Gründung im Januar 1931 nicht ein einziges Mitglied aus der Zahlstelle zum Übertritt bewegen konnte. Und so ist es auch am Tage der Feier dem Gründer der Zahlstelle, Bezirksleiter Anton Dunkel aus Hamborn, ein ehrenvoller Auftrag, die Festrede halten zu können, denn hier ist der Stamm des Verbandes mit zu finden. Die gesamte Zahlstelle Laar wird ihrem Vertrauensmann weiterhin geloben, den festen Glauben an ihre Führer zu behalten und den eisernen Willen zur Gewerkschaftsarbeit weiter zu verbreiten. Johann Stefanowski.

Aus dem Saarrevier.

Arztwahl bei der Saarnapppschafft.

a) Für Versicherte.

Die Arztwahl zur Familienkrankenpflege findet statt in der Zeit vom 15. bis 31. Mai 1932.

Die im Besitze der Krankenkassenmitglieder der Arbeiter- und Angestelltenabteilung befindlichen Familienausweisarten behalten ihre Gültigkeit so lange, bis für die Familienangehörigen ein anderer Arzt gewählt wird. An der diesjährigen Familienarztwahl brauchen sich daher Mitglieder beider Krankenkassenabteilungen nur zu beteiligen, wenn sie einen anderen Familienarzt wünschen.

Will ein Krankenkassenmitglied, das Anspruch auf Familienkrankenpflege hat, für seine Familienangehörigen einen anderen als den auf seiner Familienausweisarte angegebenen Arzt wählen, so ist der Name des bisherigen Arztes auf der Ausweisarte durchzustreichen und der Name des gewünschten Arztes daneben zu schreiben. Diese abgeänderten Ausweisarten sind während der Wahlzeit an den Abteilungsbeamten oder an die Stelle abzugeben, die von der Werksverwaltung hierzu bestimmt wird.

An Hand des den Werksverwaltungen zugegangenen „Verzeichnisses der Ortschaften und wählbaren Ärzte“ ist nachzuprüfen, ob der neu erwünschte Arzt für den betreffenden Ort zugelassen ist.

- Als Familienärzte sind wählbar:
- 1. der zuständige Knappschaftsrevierarzt,
- 2. alle Knappschaftsärzte, die auch für die persönliche Wahl des Kassenmitgliedes wählbar sind,
- 3. diejenigen Familienfürsorgeärzte, die in dem allen Werksverwaltungen zugestellten „Verzeichnis“ für den betreffenden Ort aufgeführt sind.

Die Mitglieder, die ihre Familienausweisarte zur Umwahl abgeben, erhalten durch die Werksverwaltung eine Bescheinigung nach Vordruck, die erforderlichenfalls bis zum 30. Juni 1932 dem bisherigen Familienärzte gegenüber als Ausweis gilt. Mit dem 1. Juli d. J. verlieren diese Bescheinigungen ihre Gültigkeit.

Mitglieder, die während der Wahlzeit durch Krankheit verhindert sind, können einen Bevollmächtigten mit der Umwahl beauftragen.

Die in den Vorjahren ausgestellten Familienausweisarten für Familienärzte, die den betreffenden Sprengel jetzt nicht mehr versorgen, behalten für den Nachfolger ihre Gültigkeit.

b) Für Pensionsempfänger.

Die Arztwahl zur Familienkrankenpflege findet statt in der Zeit vom 15. bis 31. Mai 1932.

Die im Besitze der Pensionsempfänger und Pensionsempfängerinnen befindlichen Ausweisarten zur ärztlichen Behandlung von Familienangehörigen behalten ihre Gültigkeit für ein weiteres Jahr, wenn der bisherige Familienarzt beibehalten wird. An der diesjährigen Familienarztwahl braucht sich daher nur zu beteiligen, wer einen anderen Arzt wünscht.

Will ein Pensionsempfänger oder eine Pensionsempfängerin, die Anspruch auf Familienkrankenpflege hat, einen anderen, als den auf der braunen Familienausweisarte angegebenen Familienarzt wählen, so ist die Karte während der Wahlzeit bei dem Knappschaftsämtes abzugeben, der Name des bisherigen Arztes durchzustreichen und der Name des neu gewählten Familienarztes daneben zu schreiben.

- Als Familienärzte sind wählbar
- 1. der zuständige Knappschaftsrevierarzt,
- 2. alle Knappschaftsärzte, die auch für die persönliche Wahl des Kassenmitgliedes wählbar sind,
- 3. diejenigen Familienfürsorgeärzte, die für den betreffenden Ort wählbar sind.

Den Pensionsempfängern und Pensionsempfängerinnen, die ihre braune Familienausweisarte zur Umwahl abgeben, sind von den Ältesten besondere Bescheinigungen auszustellen, die erforderlichfalls bis zum 30. Juni d. J. dem bisherigen Familien-

Kameraden!

Die Unternehmer wollen Lohn- und Tarifvertrag verschlechtern. Der Naziaufstieg hat sie frech gemacht. Best den Artikel in dieser Zeitung über „Hillers rauhe Kämpfer“, dann wißt ihr, daß die Unternehmer richtig spekulieren. Aber macht ihnen einen Strich durch die Rechnung. Zeigt den Unternehmern, zeigt den Südlingsen des Kapitals — den Nazis — daß wir stark genug sind, die Verschlechterungen zu verhindern.

Klärt auf, werbt neue Mitglieder!

arzt gegenüber als Ausweis gelten. Mit dem 1. Juli 1932 verlieren diese Bescheinigungen ihre Gültigkeit.

Erfazkarten für verlorene Familienausweisarten werden bestimmungsgemäß nur gegen Zahlung einer Gebühr von 5 Fr. ausgestellt. Will ein Pensionsempfänger oder eine Pensionsempfängerin, die ihre Familienausweisarte verloren hat, einen anderen Familienarzt wählen, so ist ein besonderer Antrag zu stellen und diesem Antrag die Gebühr von 5 Fr. beizufügen.

Veränderungen auf den Ausweisarten sind verboten, solche Karten sind ungültig.

Sollten einzelne Pensionsempfänger und Pensionsempfängerinnen, die von der Beitragszahlung zur Familienkrankenpflege befreit sind, noch im Besitze von Familienausweisarten sein, so sind diese Ausweisarten von den Ältesten einzuziehen und an die Knappschaftsverwaltung mit einem entsprechenden Vermerk zu übergeben.

Wer infolge Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder Bezugs einer Erwerbslosenunterstützung einer Orts-, Betriebs- oder Landstrassenkasse angehört, hat keinen Anspruch auf Familienkrankenpflege durch die Saarnapppschafft. Dies trifft auch zu, wenn der Pensionsempfänger oder die Pensionsempfängerin keinen Antrag auf Befreiung von der Beitragszahlung zur Familienkrankenpflege stellt.

Die Familienausweisarten der zu dem Sprengel Zwickbrücken gehörenden Pensionsempfänger und Pensionsempfängerinnen sind von den Ältesten einzuziehen und zwecks Umschreibung auf den neuernannten Knappschaftsarzt Dr. Kamm in Zwickbrücken der Knappschaftsverwaltung einzusenden.

Aus der Saarnapppschafft.

Der § 114 i der ab 1. Januar 1932 gültigen Satzung sieht vor, daß bei gewinnbringender Beschäftigung neben dem Bezug der Invalidenpension die Invalidenpension zum Teil oder ganz zum Ruhen gebracht wird. Während bei gewerblicher Arbeit über die Durchführung dieser Satzungsbestimmungen Klarheit besteht, war dies bei landwirtschaftlicher Arbeit nicht der Fall. Wohl hatte der Vorstand in einer früheren Sitzung festgelegt, daß bei 24 und mehr, aber weniger als 40 Morgen Land die Pension zur Hälfte und bei mehr als 40 Morgen Land die Pension ganz zum Ruhen sei. Es zeigten sich aber Einzelfälle, wo diese Bestimmungen eine gewisse Härte hervorriefen. Diese treten ebenfalls ein, wenn der Pensionberechtigte in seinem landwirtschaftlichen Betrieb Angehörige (insbesondere Kinder) beschäftigt, die keinem anderen Erwerb nachgingen oder nachgehen konnten.

Der Vorstand hat daher beschlossen, daß für jedes über 18 Jahre alte Kind, das im Betrieb des Pensionsempfängers beschäftigt ist, je 5 Morgen Land weniger in Ansatz zu bringen seien. Dadurch ist die Parallele mit den Durchführungsbestimmungen bei gewinnbringender Beschäftigung hergestellt.

Benutzung der Arbeiterfahrkarten an Feiertagen zum Besuch von Fachärzten.

Die Eisenbahndirektion teilt der Knappschaft mit, daß mit der Bestimmung, daß die Arbeiterfahrkarten an Feiertagen zum Besuche von Fachärzten und Apotheken benutzt werden dürfen, großer Unfug getrieben würde.

Sehr viele Inhaber hatten in betrügerischer Absicht nicht nur sich das Fahrgehalt von der Knappschaft erstatten lassen, sondern hatten auch dies von der Eisenbahndirektion erreicht. Einige solcher Fälle seien bereits der Staatsanwaltschaft angezeigt und werden die betreffenden auch bestimmt wegen Betrugs bestraft werden. Ferner wird die Eisenbahndirektion ab 1. Juli d. J. diese Bestimmung aufheben, so daß also an Feiertagen für die Fahrt zu einem Facharzt oder einer Apotheke eine Vergütung seitens der Eisenbahndirektion nicht mehr in Frage kommt. Die Maßnahme der Eisenbahndirektion stellt keinerlei

20. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 8. Mai bis 14. Mai 1932

Schädigung unserer Mitglieder dar, da diese auf Grund der Satzung beim Ausschuchen von Fachärzten Anspruch auf Fahrvergütung haben. Diese wird auch jedesmal bei Vorlage einer Bescheinigung oder der Fahrkarte vergütet.

Stundung für Darlehensempfänger.

Dem Antrag der Bezirksleitung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter vom 7. April d. J., den zur Entlassung gekommenen Darlehensempfängern die Amortisations- und Zinszahlungen so lange zu stunden, bis sie wieder in der Lage seien, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wurde insofern stattgegeben, daß auf Antrag eine Prüfung der Verhältnisse des Darlehensnehmers von Fall zu Fall erfolgen wird. Die davon betroffenen Kameraden müssen also entsprechende Anträge bei der Knappschaft einreichen, damit sie im entsprechenden Sinne ihre Erledigung finden können. Wichtig ist vielleicht noch, darauf hinzuweisen, daß bis Monat März d. J. bereits 73 Darlehensempfänger aus der Grubenarbeit entlassen waren.

Bezirk Oberschlesien.

Der Bezirksvorstand zur 40-Stunden-Woche und zur Grubensicherheit.

Am 3. Mai trat der Bezirksvorstand unseres Verbandes für den ober-schlesischen Steinkohlenbezirk zusammen, um Stellung zu nehmen zur Verminderung der auch im hiesigen Bezirk überaus großen Arbeitslosenzahl. Bezirksleiter Kroschke gab einen Bericht vom Krisenkongreß des ADGB. Er schilderte eingehend, was die Vertreter der Gewerkschaften wie auch der Regierung dort über die Frage der Zweckmäßigkeit der 40-Stundenwoche ausgeführt haben. Gewiß ist eine Arbeitszeitverkürzung, wenn sie ohne Lohnausgleich vorgenommen würde, noch für viele bisher voll beschäftigte Arbeiter gleichbedeutend mit einer Lohnsenkung. Vom Standpunkt der Bergarbeiter sei aber festzustellen, daß auch der ober-schlesische Bergmann schon seit 1930 praktisch fast nie 40 Stunden in der Woche arbeiten konnte, abgesehen von wenigen Ausnahmen.

Auch im Bergbau sind während der größten Krisenzeit noch Leute festzustellen, die über 60 Stunden in der Woche arbeiten, also noch Überbeschäftigten verfahren. Mit der Einführung der 40-Stundenwoche muß auch dieser Uebelstand beseitigt werden.

Zur Verminderung der Arbeitslosenziffer

Kann die Einführung der 40-Stundenwoche aber insofern wesentlich beitragen, als in anderen Berufen, die bisher noch 48 und 60 Stunden in der Woche arbeiten, durch die Verkürzung der Arbeitszeit Neueinstellungen möglich wären. Das Verkehrs-gewerbe, das Nahrungsmittel- und Getränkegewerbe, das Gast-wirtsgewerbe arbeiten fast durchweg noch 60 Stunden in der Woche. Wenn hier die Arbeitszeit auf 40 Stunden herunter-gesetzt wird, können einige hunderttausend Leute in den Produktionsprozesse gebracht werden, wodurch einmal die sozialen Lasten eine Verminderung erfahren und auf der anderen Seite ein größerer Kreis von Menschen mehr Kaufkraft erhält.

Die Bergarbeiter sind davon überzeugt, daß mit der Einführung der 40-Stundenwoche auch für den Bergmann Kosten verbunden sind. Um aber überhaupt der durch die Rationalisierung und Mechanisierung der Betriebe erfolgten Mehrproduktion durch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu begegnen und damit wieder mehr Menschen teilnehmen zu lassen an der Herstellung der Waren, erklären sich die Bergarbeiter mit der Einführung der 40-Stundenwoche einverstanden, weil eine andere Möglichkeit nicht zu erblicken ist, um das ständige Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Durch die Einstellung von Arbeitslosen wird auch das Arbeitsergebnis um soviel größer, als mehr Leute in den Produktionsprozess eingerechnet werden. Um ein Beispiel für die Wichtigkeit der Einführung der 40-Stundenwoche zu geben, weisen wir darauf hin, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit noch mehr Arbeitskraft freisetzen würde, ohne selbst bei Herabsetzung der Gestehungskosten einen vermehrten Absatz zu finden.

Eine Verlängerung der Arbeitszeit würde also praktisch gesehen sich zur Katastrophe des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftslebens auswirken. Wenn aber eine Verlängerung der Arbeitszeit sich in dieser Weise verheerend zeigt, kann nur angenommen werden, daß auch die augenblickliche Arbeitszeit nicht mehr in Einklang zu bringen ist mit der Ergiebigkeit der einzelnen Arbeitsstunde und der gegenwärtig bestehenden Arbeitsver-gütung. Das produzierte Gut muß zum Verbrauch gestellt werden. Wenn aus jedem Produktionsgang ein Teil der Güter unerwerbsfähig bleibt, nimmt es nicht wunder, wenn nach kurzer Zeit die einzelnen Betriebe zur Entlassung von Arbeitern und zur Betriebseinschränkung und -einstellung schreiten müssen. Entweder man verringert also die Produktionsmenge oder man vergrößert den Konsum. Da an eine Stärkung der Kaufkraft auf Grund der politischen und gewerkschaftlichen Machtverhältnisse nicht zu denken ist, muß man auf Grund der ungeheuer großen Warenlager zu einer Einschränkung der Produktion kommen. Hierin liegt

die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

das gerade aus der Fülle von Gütern und Werten keinen Ausweg zu finden vermag, wonach alle Menschen Brot und Arbeit hätten. Das kapitalistische Wirtschaftssystem verlagert reiflos in der Frage der Arbeitsbeschaffung und der Anknüpfung der Wirtschaft, wie auch in der Frage der Gleichsetzung von Produktion und Konsumtion. Dem Volk kann mehr verbrauchen, als es erzeugt. So richtig dieser Satz ist, so falsch ist es aber auch, einem Volke nicht das zum Verbrauch zu geben, was es durch Arbeit erzeugt. Will man diesen Grundlag nicht anerkennen, wirft man fälschliche Erkenntnisse der Volkswirtschaft und Weltwirtschaft über den Haufen. Die Bergarbeiter fordern also in der Hauptsache, daß alle maßgebenden Kräfte mobil gemacht werden, um eine Wirtschaftsordnung zur Durchführung zu bringen, die solche Widersprüche nicht kennt und die getragen ist von dem Gedanken rein volkswirtschaftlicher Erwägungen und nicht beherrscht ist von dem Gewinnstreben. Die Bezirkskonferenz erwähnt daher alle im hiesigen Bezirk wohnenden Arbeiter, sich der freien Gewerkschaft anzuschließen, um die Macht und die Kraft zu erhalten für die Neugestaltung einer Wirtschaftsordnung, wo die Arbeit dazu dient, um den Menschen Verbrauchsgüter zu schaffen und nicht, um einer Klasse die Möglichkeit zu geben, Arbeiter auszubeuten.

Dann nahm die Konferenz noch Stellung zu der Finanzlage der Knappschaft. Es wurde festgestellt, daß nunmehr auf 1,9 Arbeiter ein Invalide zu versorgen ist. Daß etwa zwei Arbeiter nicht sozial Beiträge zahlen können, um einem Invaliden die zustehende Pension zu sichern, braucht wohl nicht betont zu werden. Das Reich hat also die Aufgabe und auch die Verpflichtung, der Knappschaft beizuspringen, weil die Knappschaft dem Reiche eine ganze Menge Lasten abnimmt durch Zahlung von Renten. Es ist also kein Geschenk an die Bergarbeiter, wenn das Reich mit einer Unterstützung die Knappschaft in die Lage setzt, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Der finanzielle Stand der Knappschaft ist also durchaus als schlecht zu

begleichen. Die Bergarbeiter haben somit auch die Verpflichtung, zusammenzutreten, um nach dem Sprichwort „Einigkeit macht stark!“, bei der Regierung die notwendige Hilfe zu erhalten.

Das Gebiet der Gruben-sicherheit.

Weiter beschloß die Konferenz mit der Gruben-sicherheit. Ausgehend von dem letzten Grubenunglück auf der Concordiagrube wurde festgestellt, daß durch die Parteipolitik gewisser Grubenbeamten eine erhebliche Unsicherheit in den Bergbaubetrieb gebracht wurde. Alle erfahrenen Arbeiter wurden abgebannt, dafür auf Empfehlung von Nazis und Stahlhelmern Bergbauunkundige in den Betrieb aufgenommen. Nur einen Fall zum Beweis: Auf der Beuthener Grube werden seit einiger Zeit auch alte, jahrzehntelang im Bergbau tätige Arbeiter entlassen. Dafür werden Leute eingestellt, die nicht als Jugendliche in den Betrieb kamen, sondern irgendwie einen Beruf erlernten, da Schiffsbruch erlitten oder aus Mangel an Arbeit arbeitslos sind. So wurde ein einundzwanzigjähriger gelernter Kaufmann auf der Beuthener Grube eingestellt und nach kurzer Zeit schon in die Brandwache aufgenommen. Der Steiger Jellen (Stahlhelmmittglied) trat an die Arbeiter heran, ob sie sich nicht im Stahlhelm aufnehmen lassen wollten. Er versprach ihnen Sonntagschichten, wodurch sie dann in die Lage versetzt würden, die Beiträge zum Stahlhelm zahlen zu können. So könnte man eine ganze Anzahl von Fällen aus dem oberhessischen Revier bekanntgeben, wo tüchtige Bergarbeiter in das Arbeitsloshemmer geschickt werden und protegierte Leute von den Nazis und Stahlhelmern in den Betrieb aufgenommen werden. Daß durch solche Machenschaften die Sicherheit der Grube gefährdet wird, die gesamte Belegschaft in Gefahr kommt, dürfte außer allem Zweifel stehen.

Auch die Schlagwetterexplosion auf der Concordiagrube, wo durch Unvorsichtigkeit eines Arbeiters das Unglück entstanden sein soll, indem er ein Streichholz anzündete, bedarf einer weiteren Klärung. Darüber hinaus wird festgestellt, daß auf der Concordiagrube, die Schlagwetterabteilungen hat, vor Ort mit Schweißapparaten gearbeitet wird. Dem Arbeiter geht jedes Verständnis dafür ab, wenn man ihm verbietet, eine Zigarette zu rauchen, wenn neben ihm mit einem Schweißapparat gearbeitet wird. Der Schweißapparat, der einmal eine offene

Flamme hat und daneben eine ungeheure Temperatur entwickelt, muß doch sicherlich gefährlicher sein als das Glühen einer Zigarette. Wenn Schlagwetter vorhanden sind, kann man nicht dadurch das Schweißen ungefährlicher machen, indem man eine Aufsichtsperson daneben stellt. Diese Aufsichtsperson würde im Falle des Vorhandenseins von Schlagwettern nur noch die Zahl der Opfer vermehren. Es bleibt daher unverständlich, wenn, wie behauptet wird, die Bergbehörde das Schweißen in Schlagwetterabteilungen genehmigt hat.

Die Bergbehörde ist eine Einrichtung, die die Gesundheit und Sicherheit des Lebens der Bergarbeiter durch Ueberwachung der Bergpolizeivorschriften sichern soll. Wenn aber die Bergbehörde in Schlagwetterabteilungen das Brennen mit Schweißapparaten gestattet, so kann man nicht mehr behaupten, daß die Bergbehörde sich ihrer Aufgabe bemußt ist. Es wird sogar beantragt, daß in der Schlagwetterabteilung nunmehr schon wieder die Genehmigung vorliegen soll, in dieser Abteilung schweißen zu dürfen. Die Bergarbeiter berichten, daß auf der Concordiagrube in allen Schlagwetterabteilungen geschweißt werden, auch in der Abteilung, wo im Jahre 1929 so viele Bergarbeiter durch Schlagwetterexplosion zu Tode gekommen sind. Die Bergarbeiter verlangen, daß von Seiten der Verwaltung die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen beachtet werden. Die Bergbehörde hat auch nicht mit eigener Ermächtigung Genehmigungen zu erteilen, die die Sicherheit gefährden und den Arbeitern unverständlich sind.

Der Bezirksvorstand appelliert an alle maßgebenden Stellen, sich dafür einzusetzen, daß auch im oberhessischen Bergrevier der Willkürherrschaft der oberleitenden Grubenmagnaten Schranken gesetzt werden. Die Bergarbeiterschaft wird aufgefordert, die Organisation — den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands — im Kampfe gegen Unterdrückung, Not und unangerechte Behandlung zu unterstützen und darum einzutreten in die Reihen der gewerkschaftlich Organisierten.

Knappschäftsältestenkommission Gelsenkirchen-Buer.

Montag, den 16. Mai (zweiter Pfingsttag), vormittags 9.30 Uhr, findet im Volkshaus in Buer die fällige Quartals-sitzung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, die in der Sitzung bekannt gegeben wird, ist es Pflicht aller Ältesten, zu erscheinen! Der Obmann.

Nus Mitteldeutschland.

Schiedspruch für den Harz.

In der Manteltarifstreitsache für die Berg- und Hüttenwerke des nordwestlichen Harzes, Clausthal, wurde am 25. April in Hannover folgender Schiedspruch verkündet: § 5 Abs. 2 lautet: Für Ueberarbeiten an Werktagen und Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, soweit diese Regel-Arbeits-schichten verfahren werden, wird ein Zuschlag von 25 Prozent, für die sonstigen Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ein Zuschlag von 40 Prozent auf den Schicht- bzw. Bedingelohn gewährt.

§ 6 Abs. 1 lautet: Alle verheirateten, vermittelten oder sicheren Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten für jedes eheliche Kind, Stief- oder Adoptivkind bis zur Schulentlassung, längstens jedoch bis zum vollendeten 15. Lebensjahre, für jede verfahrens-Schicht ein Kindergeld nach Maßgabe der Lohnstufen.

Die Urlaubsbestimmungen des § 7 bleiben grundsätzlich in rechtehalten. Mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage wird jedoch für den in der Zeit vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933 zu währenden Urlaub folgende Sonderbestimmung getroffen:

Für die Dauer der Urlaubsbefreiung erhält der Schichtlohn sowie der Bedingelöhner den Lohn einschließlich Soziallohn, den er je Schicht verdient haben würde, wenn er bei gleicher Beschäftigung weiter gearbeitet hätte, abzüglich 25 Prozent.

§ 7 Ziff. 9 lautet:

Ausscheidende Arbeiter haben nur Anspruch . . . usw.

§ 10 Ziff. 1 S. 1 lautet:

Dieses Abkommen tritt mit dem 1. Mai 1932 in Kraft. Es gilt auf unbestimmte Zeit und kann nur zum Monatschluß und Einhaltung einer jedswöchentlichen Kündigungsfrist, erst nach dem 31. Oktober 1932, schriftlich gekündigt werden. Die Protokollnotiz zu § 6 Ziff. 2 wird getrichen.

Der Schiedspruch wurde von uns abgelehnt und von den 2 beizgebern angenommen. Ueber den endgültigen Ausgang richten wir noch.

GEG Kautabak aus dem Konsumverein. Nichts ist würziger!

„In einem schwersten Fall chron. Bronchitis und Asthma haben wir mit GEG-Kautabak die besten Erfolge erzielt.“

Bücher sind immer ein schönes Geschenk von bleibendem Wert. Unsere Verbandsbuchhandlung besitzt eine große Auswahl und bietet den Kameraden vorteilhaften Einkauf für alle Bücher. Hansmann & Co., Bochum Wtemelhauser Str. 38-42.

Stoffe direkt an Private. 500 mod. Muster I. Anzüge, Mäntel usw. Rein Kammg. 6,80 Mk. Streichgarn 3,90 Mark. Muster kostenlos. Sie werden staunen! Tusch. Wimpfheimer, Augsburg 157.

Die Direktion der Fabrik... über 1 Million Musikfreunde als Käufer, sowie 100000 von Dankschreibern bezeugen unsere überragende Leistungsfähigkeit. Meinle Herold, Klingental No. 146

Pharmazie... Kastenwagen. 100 cm lg. M. 23, frank. Prima Eschenspeichen. Alois Abel, Borsch-Galsa (Rhön)

Togal unübertroffen bei Rheuma / Gicht Kopfschmerzen. Ein Versuch überzeugt in allen Apotheken.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre Gute Taschenuhr nur M. 1,80

Gesund frisch Fisch. Ober 650000 Dialith Haarfärbekamm

Ein Rechenexempel. Lassen Sie Ihre Wäsche außerhalb waschen? Oder nehmen Sie eine Waschfrau ins Haus? In beiden Fällen werden Sie mit Leichtigkeit feststellen können, wieviel Ihre Wäsche kostet.

BÜCHER aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorzuziehen durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum

Sächsische Bettfedern. Fabr. P. Hoyer, Delitzsch 79. Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4

Inferrate haben jeden Erfolg!

DAS Triumph der Billigkeit! Schuhe für Alle!

Futterale für Mitgliedsbücher. Preis 20 Pfg. G. Hansmann & Co. Bochum.

Ekzem-Heilerfolge! Eine Probeflasche umsonst. Sie können das schreckliche, durch Lätzen und andere Hautkrankheiten verursachte Jucken in wenigen Sekunden stillen.

Blattate sowie Drucksachen jeder Art für die Zahlstellen liefert preiswert H. Hansmann & Co., Bochum

Witt hat einzig und allein Europas größten Spezial-Webwarenversand mit eigenen gewaltigen Webwaren-Fabriken! 4000 Arbeiter und Angestellte! Direkte Lieferung an Private! Bel. Bestellung von 15.- Mk. an erhalten Sie auf diese niedrigen Preise außerdem noch 5% Rabatt.